

Kramp-Karrenbauer (AKK) fordert mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer fordert mehr Auslandseinsätze. Sie schlägt einen Nationalen Sicherheitsrat vor und will der US-Forderung nach massiv erhöhten Rüstungsausgaben nachkommen. Im Gegensatz zur SPD bekannte sich Kramp-Karrenbauer zu Deutschlands Zusage (?) an die Nato, die Verteidigungsausgaben bis zum Jahr 2031 auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Bisher hat die Bundesregierung sich auf die Steigerung des Wehretats auf 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung bis 2024 festgelegt.

US-Botschafter Grenell meint ja, es sei beleidigend zu erwarten, dass der US-Steuerzahler weiter mehr als 50.000 Amerikaner in Deutschland bezahlt und droht mit einem Teilabzug der US-Truppen aus Deutschland. Tatsächlich sind (außer in Japan) nirgendwo so viele US-Soldaten stationiert wie in Deutschland.

Dietmar Bartsch sieht die Drohung positiv. „Die Bundesregierung sollte dieses Angebot unbedingt annehmen und mit den USA einen Plan für den Truppenabzug besprechen“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Der US-Botschafter hat Recht: Die Steuerzahler in den USA sollten nicht für US-Truppen in Deutschland zahlen müssen.“ Bartsch fordert, dass „die US-Steuerzahler auch nicht für die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zahlen müssen“. „Wenn die Amerikaner ihre Soldaten abziehen, sollten sie ihre Atomwaffen gleich mitnehmen. Und natürlich nach Hause, nicht nach Polen, denn das wäre eine weitere dramatische Zuspitzung in den Beziehungen zu Russland, die nicht im europäischen und deutschen Interesse liegt“, meint Bartsch.

Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen.

Wo sind denn unsere Soldaten jetzt schon im Einsatz?

Nach <https://www.bundeswehr.de> mehr als 1200 in Afghanistan, mehr als 1000 in Mali, in Syrien und im Irak derzeit 430. Hinzu kommen noch Kosovo, Libanon und weitere Einsatzgebiete. Dabei sind die „Mandatsobergrenzen“ jeweils noch nicht erreicht!

Laut AKK in der Süddeutschen vom 6.11.2019 gehöre Mali "zu den Regionen mit dem höchsten Anteil an illegaler Migration und organisierter Kriminalität". Deshalb gelte: "Die Sicherheit in der Sahelzone ist Teil unserer eigenen Sicherheit." Also nicht mehr nur am Hindukusch, sondern auch in der Sahelzone wird unsere Sicherheit verteidigt.

Und weiter: Die Bundesrepublik sei wie kein anderes Land "darauf angewiesen, dass wir einen freien Handel haben, der auf Regeln basiert" und dass es "offene Handelswege" gebe. Oha – das hatten wir schon mal ganz ähnlich und Herr Köhler trat 2010 wegen solcher Aussagen von seinem Amt als Bundespräsident zurück. Das heißt doch, die Hemmschwelle für Kriegseinsätze ist inzwischen drastisch gesunken.

Laut <https://www.friedenskooperative.de> hat sich die Bundesrepublik im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, dem sogenannten „2+4-Vertrag“ vom 12. September 1990 feierlich verpflichtet, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“ und „Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“. Was folgte:

Der Luftkrieg gegen Jugoslawien, Beteiligung an der Invasion Afghanistans und die Unterstützung im Krieg gegen den Irak.

Zum Irak: Hierzu schrieb Heribert Prantl in der Süddeutschen am 19.5.2010: Es hat zwei Seiten deutscher Politik gegeben: Die offizielle, saubere Seite, die den Bush-Krieg gegen den Irak verurteilt und die Beteiligung daran abgelehnt hat - und die inoffizielle, unsaubere Seite, die den offiziellen Verlautbarungen nicht entsprach.

Auf dieser Seite war von Anfang an die Selbstverständlichkeit zu verbuchen, mit der es den USA gestattet wurde, ihre Logistik, die sich auf deutschem Boden befand, für den Irak-Krieg zu nutzen. Zur unsauberen Seite gehört, wie man seit der CIA-Flugaffäre weiß, auch die Duldung amerikanischer "Outsourcing of Folter"-Praktiken auf deutschem und europäischem Boden.

Nun kommt eine direkte Mitwirkung des BND am Irak-Krieg hinzu. Die unsaubere Seite der deutschen Friedenspolitik wird immer unsauberer.

Wie wir inzwischen wissen, ist der Krieg gegen den Irak mit den dort angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen begründet worden. Immerhin: der damalige US-Präsident George W. Bush hat die Falschinformation seiner Geheimdienste als "größten Fehler" seiner Amtszeit bezeichnet. Dennoch: Der Einsatz dauert immer noch an!

Übrigens: Krieg und Militär gehören zu den größten Verbrauchern von Energie und anderen Ressourcen und setzen erhebliche Umweltschadstoffe frei. Hier soll am Beispiel der größten US-Base außerhalb der USA, der US-Base in Ramstein, die Umweltzerstörungen und die Folgen für das Klima aufgezeigt werden: Völkerrechtswidriger Drohnenkrieg mit modernsten Technologien verbraucht Unmengen an natürlichen Ressourcen. Das weltweite Überwachungs- und Steuerungssystem verschlingt materielle Ressourcen.

Details hier: <https://www.solarify.eu/2019/07/01/943-klimakiller-militaer/2/>

Zum Schluß noch ein paar Zahlen: Laut <https://www.bmvg.de> liegt der Verteidigungsetat für 2019 bei rund **43,2 Milliarden** Euro. Der Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt beläuft sich im Jahr 2019 auf **12,1 Prozent**. Für investive Maßnahmen sind rund **9,9 Milliarden** Euro vorgesehen.

Zum Vergleich: Für Forschung und Bildung: 18,2 Milliarden und für Gesundheit 15,3 Milliarden.

Und hier noch zur absurd lange und heftig diskutierten Grundrente: Nach Angaben von CSU-Chef Markus Söder ist mit Kosten von **1 bis 1,5 Milliarden** Euro zu rechnen.

Laut Handelsblatt vom 27.11.2018 kosteten die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1992 mehr als **20 Milliarden Euro**, etwa die Hälfte davon für Afghanistan. Nach Angaben der Bundeswehr vom 24. Juli 2019 kamen seit 1992 bei Auslandseinsätzen **111 Soldaten zu Tode**, durch „Feindeinwirkung“, durch Unfälle, durch Suizide.

Wie eingangs erwähnt: Kramp-Karrenbauer fordert mehr Auslandseinsätze.